



URTEIL BERLIN
29.06.2015

A. Vorbemerkung der Berliner Jury:

In der Demokratischen Republik Kongo wurden in den letzten beiden Jahrzehnten zahlreiche Menschenrechtsverbrechen verübt – ohne bisher ansatzweise von Gerichten aufgearbeitet zu werden. Diese Straflosigkeit ist inakzeptabel! Um sie wirksam zu bekämpfen, müssen die kongolesische Regierung und die internationale Gemeinschaft die dafür benötigten Ressourcen bereitstellen. Die kongolesische Zivilgesellschaft sowie die lokalen Menschenrechtorganisationen und die Überlebenden von Gewalt müssen gestärkt werden.

Dabei ist der Aufarbeitung der Verbrechen durch nationale und – zu schaffende – gemischt national-internationale Tribunale eine Priorität zu geben. Wir rufen deshalb die kongolesische Regierung und die internationale Gemeinschaft dazu auf, alles Erdenkliche zu tun, dass diese Gemischten Kammern (Chambres Mixtes) Wirklichkeit werden. Als ultima ratio sollte jedoch auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag eine wichtige Rolle spielen, allerdings darf er in der Auswahl der vor ihm verhandelten Verbrechen nicht mehr so selektiv sein wie in der Vergangenheit. Nicht nur Gewaltverbrechen, sondern auch Wirtschaftsverbrechen müssen untersucht und strafrechtlich verfolgt werden.

B. Beschlüsse der Berliner Jury:

Kommen wir nun zu den einzelnen Untersuchungsfeldern der Berliner Hearings:

- 1) die Verantwortlichkeit der internationalen Firmen und der Weltbank
- 2) die Verantwortlichkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten
- 3) die Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen und der großen NGOs

1) Die Frage nach der Verantwortlichkeit der internationalen Firmen ist aus juristischer Perspektive schwierig zu beantworten. Denn viele der Aktivitäten der multinationalen Firmen mögen gemäß dem kongolesischen Minenrecht legal sein, allerdings ist die Rechtmäßigkeit dessen Zustandekommens ebenso zu untersuchen wie seine Vereinbarkeit mit Internationalem Recht und der kongolesischen Verfassung. Wir fordern deshalb, dass die Aktivitäten internationaler Firmen nach internationalem Recht beurteilt werden und gemäß der kongolesischen Verfassung. Zugleich stellen wir fest, dass es aktuell keine Institutionen gibt, bei der die Betroffenen Klage erheben und ihre Rechte durchsetzen könnten. Sie müssen also geschaffen werden.

Was einen entscheidenden Beitrag der internationalen Firmen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Befriedung der demokratischen Republik Kongo angeht, so können wir diesen nicht ausmachen. Vielmehr ist es so, dass die Schwäche und Korruption der kongolesischen Zentralregierung in Kinshasa, wie in anderen Staaten mit vergleichbaren Konfliktsituationen, Möglichkeiten geschaffen hat und schafft, Verträge und Abkommen zum Nachteil der jeweiligen Bevölkerung auszuhandeln. Wie die Expertenbefragungen in Berlin gezeigt haben, profitieren die internationalen Unternehmen - zum Beispiel die kanadische Firma BANRO - von dieser Situation.

Zudem gibt es Gründe anzunehmen, dass die Weltbank und andere Institutionen, trotz ihrer guten Informationen über die Zustände in der Demokratischen Republik Kongo - bestimmt durch drei Jahrzehnte Diktatur, zwei Kriege und den völligen Zusammenbruch der staatlichen Institutionen - die Verabschiedung dieser Verträge und eines Minengesetzes unterstützt haben, das für die kongolesische Bevölkerung schädlich war. Wir fordern, dass die spezielle Rolle der Weltbank und anderer Institutionen in diesem Zusammenhang juristisch und politisch untersucht werden.

2) Was die Verantwortlichkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten angeht, die wir in den Berliner Hearings am Einfluss europäischer und nordamerikanischer Handels-Regulierungen untersucht haben, die die Demokratische Republik Kongo betreffen, so haben wir im Lauf der Experten-Befragungen und der Einspielung der in Bukavu gemachten Zeugenaussagen festgestellt, dass beispielsweise der Dodd-Frank Act unerwünschte Effekte im Wirtschaftsleben des Ostkongos zeitigte.

Einige der Jury-Mitglieder stellen zudem fest, dass Regulierungsmassnahmen wie der Dodd-Frank Act nur der Imagepflege der Elektronikindustrie dienen und auf die kongolesische Bevölkerung selbst negative Auswirkungen haben.

Grundsätzlich sind sich aber alle Jury-Mitglieder darin einig, dass es eine Regulierung des Mineralienabbaus und -handels geben muss. Doch wir verlangen, dass jede Regulierung, sei sie nordamerikanischer oder europäischer Provenienz, die Prioritäten und Interessen der kongolesischen Bevölkerung und speziell der artisanalen Minenarbeiter und Kooperativen integrieren muss.

Zudem fordern wir, dass diese Regulierungen, wenn sie dann zur Zufriedenheit aller Beteiligten ausgearbeitet wurden, bindend sein müssen und ihre Befolgung institutionell überwacht werden.

3) Was die Rolle der UNO und der NGOs bei den Menschenrechtsverbrechen im Ostkongo angeht, so stellen wir fest, dass die dort stationierte Mission der Vereinten Nationen sehr wohl imstande wäre, die Zivilbevölkerung zu schützen - so wie auch in anderen vergleichbaren Konfliktzonen. Aber trotz all ihrer Möglichkeiten, ihrer Humanressourcen, ihrer waffentechnischen, organisatorischen und budgettechnischen Kapazitäten, hat diese Mission die Bevölkerung nicht umfassend vor Angriffen geschützt und wurde so ihrem Auftrag nicht gerecht.

Derartige Fälle von Inaktivität der UN-Truppen - Unterlassungen ebenso wie die direkte Verwicklung in Verbrechen - müssen untersucht werden. Die Immunität der UNO darf angesichts der Schwere der Verbrechen kein rechtliches Hindernis darstellen und muss aufgehoben werden.

Was die Nachhaltigkeit und die Wirksamkeit des Einsatzes der internationalen humanitären Organisationen (NGOs) im Ostkongo angeht, so stimmten alle von uns befragten Experten in ihrer Einschätzung überein, dass diese in ihrer aktuellen Praxis nicht zum Schutz und zur nachhaltigen Befriedung der Region beiträgt. Alle Experten stimmten darin überein, dass es für mehr Effizienz in der Arbeit der internationalen NGOs einer Langzeitplanung und der Kooperation mit lokalen Nichtregierungsorganisationen bedarf. Darüber hinaus fordern wir die Installierung eines bindenden Codes von Verhaltensregeln für NGOs, deren Einhaltung über die Finanzierung derselben zwingend entscheidet und von allen Geldgebern beachtet werden muss. Solange all dies, wie aktuell im Ostkongo, nicht der Fall ist, tragen die Aktivitäten der internationalen humanitären Organisationen nicht zur Beendigung oder Lösung, sondern zur Fortschreibung der Probleme bei.

C. Schlussbemerkung der Berliner Jury:

Wir wiederholen: Die juristische Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen ist absolut notwendig; der gegenwärtige Zustand der Straflosigkeit solcher Verbrechen in der Demokratischen Republik Kongo ist daher unerträglich und inakzeptabel. Der Kreis der Akteursgruppen, die solche Verbrechen zu verantworten haben, geht aber weit über die Direkttäter vor Ort hinaus und umfasst neben den multinationalen Minenunternehmen, korrupten Regierungsmitgliedern, Händlern von Konfliktmaterialien, der Armee, den bewaffneten Gruppen etc. auch diejenigen, die es ihrerseits für ein Menschenrecht halten, Endprodukte unabhängig von den Bedingungen ihrer Herstellung so billig wie nur irgend möglich bekommen zu können. Würden etwa für Smartphones, die ohne Ausgangsstoffe wie jene aus den kongolesischen Minen nicht funktionieren, echte Preise gezahlt, die sowohl die sozialen als auch die ökologischen Kosten des Produkts enthalten, wäre schon Wesentliches gegen das derzeitige Kontinuum von Ausbeutung und Verbrechen getan.

So verkündet in Anwesenheit des Präsidenten des Tribunals, Jean-Louis Gilissen, in der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin, Deutschland, am 29. Juni 2015.

Mitglieder der Berliner Jury:

Colette Braeckman (Belgien)
Saran Kaba Jones (Liberia)
Wolfgang Kaleck (Deutschland)
Saskia Sassen (USA)
Marc-Antoine Vumilia (Demokratische Republik Kongo)
Harald Welzer (Deutschland)



URTEIL BUKAVU
01.06.2015

Nach einem Jahr der Recherche und drei Anhörungstagen antwortet die Jury des „Kongo Tribunals“ folgendermaßen auf die zentralen Fragen, die vom Chefermittler in der Eröffnungssitzung am 29. Mai 2015 gestellt wurden:

1. Sind die ethnischen Konflikte und die Angriffe diverser Gruppen im Osten in einem solchen Maß außer Kontrolle geraten, dass die kongolesische Regierung und die Armee, die sich gerade von 20 Jahren des Konflikts erholen, beim Versuch, die Ordnung wiederherzustellen, scheitern müssen?

NEIN. Wir kommen mehrheitlich zu dem Schluss, dass die ethnischen Konflikte unter Kontrolle gebracht werden können – vorausgesetzt der politische Wille besteht.

2. Sind die Regierung des Kongo und die Armee Akteure bei den Angriffen auf die lokale Bevölkerung und erhalten so bewusst das Chaos und die Unsicherheit in der Region aufrecht – sei es durch Passivität oder durch direkte Kollaboration mit den bewaffneten Gruppen?

JA. Wir kommen mehrheitlich zu dem Schluss, dass manche Teile der Armee und politisch Verantwortliche der DR Kongo Akteure an den systematischen Angriffen auf die lokale Bevölkerung beteiligt sind – allerdings sind sie sicher nicht die einzigen. Die Regierung der DR Kongo trägt durch ihre Untätigkeit oder Passivität einen Teil der Verantwortung für das Chaos und die Unsicherheit.

3. Tragen die internationale Gemeinschaft und die MONUSCO-Truppen, die im Osten des Kongo stationiert sind, zur politischen Stabilisierung und zur Sicherheit in der Region bei, indem sie die noch schwache Regierung und Armee dabei unterstützen, sich zu konsolidieren?

JA. Wir kommen mehrheitlich zu dem Schluss, dass die internationale Gemeinschaft durch die MONUSCO-Mission zur Sicherheit und Stabilität in der Region beiträgt – allerdings nicht maßgeblich. Wäre der politische Wille vorhanden, könnte sicherlich mehr, bessere und schnellere Hilfe geleistet werden. Zu oft macht sie sich schuldig, indem sie der bedrohten Bevölkerung nicht zur Hilfe kommt.

4. Machen sich die internationale Gemeinschaft und die MONUSCO-Truppen der Komplizenschaft schuldig, indem sie mit einer Regierung und einer Armee kollaborieren und diese militärisch und logistisch stärken, die nicht zum Wohl der kongolesischen Bevölkerung arbeiten und deren Menschenrechte nicht achten?

NEIN. Wir kommen mehrheitlich zu dem Schluss, dass sich die internationale Gemeinschaft nicht der direkten Komplizenschaft schuldig macht. Im Namen der internationalen Gemeinschaft beschränkt sich die MONUSCO-Mission darauf, das Mandat zu erfüllen, das ihr der Sicherheitsrat erteilt hat. Diese Stützung der Regierung stellt keine Komplizenschaft dar. Wir wollen jedoch unterstreichen, dass die Art und Weise, wie das Mandat umgesetzt wird, starke Vorbehalte erregt.

5. Schafft der industrielle Erzbergbau eine Basis für den Frieden und die Demokratie in der Region, indem er die Entstehung einer adäquaten Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigt und sich positiv auf benachbarte Felder der lokalen Ökonomie auswirkt?

NEIN. Wir kommen mehrheitlich zu dem Schluss, dass zu diesem Zeitpunkt kein einziges industrielles Bergbauprojekt mit Investitionen in eine adäquate Infrastruktur, mit der Schaffung von Arbeitsplätzen oder der Stärkung der Gemeinden vor Ort einherging.

Wenn die Bergbaukonzerne dies täten, könnten sie zum Frieden und der Demokratie in der Region beitragen. Wir fügen hinzu, dass die Frage des artisanalen Kleinbergbaus gelöst werden muss, damit es zu einer friedlichen Koexistenz zwischen den kleinen Bergarbeitern und den Minengesellschaften kommen kann.

6. Haben die multinationalen Konzerne, die in der Region Erzbergbau im industriellen Maßstab betreiben, die politische Instabilität während der 20 Jahre des Krieges ausgenutzt, um sich zu günstigen Bedingungen Konzessionen zu verschaffen und die Bodenschätze im Osten des Kongo in Beschlag zu nehmen? Sind sie in diesem Fall der Ausplünderung der kongolesischen Bevölkerung schuldig?

JA. Wir kommen mehrheitlich zu dem Schluss, dass sie die politische Instabilität und die Schwäche der kongolesischen Institutionen ausgenutzt haben, um Konzessionen zu erhalten, deren Bedingungen für die Bevölkerung des Kongo von Nachteil sind. Sie haben so zur Ausplünderung der Bodenschätze der DR Kongo beigetragen.

Die Jury des „Kongo Tribunals“, Bukavu, 1. Juni 2015.

Mitglieder der Jury in Bukavu:

Colette Braeckman (Belgien)

Vénantie Bisimwa Nabintu (Demokratische Republik Kongo)

Prince Kihangi (Demokratische Republik Kongo)

Gilbert Kalinda (Demokratische Republik Kongo)

Séverin Mugangu (Demokratische Republik Kongo)



JUDGEMENT BERLIN
29.06.2015

A. Preliminary Remarks of the Berlin Jury:

Over the last two decades, numerous crimes against humanity have been committed in the Democratic Republic of Congo – without so much as a rudimentary response from the courts to date. This impunity is unacceptable. To effectively combat these crimes, the Congolese government and the international community must make available the needed resources. Congolese civil society and local human rights organizations must be strengthened and the survivors of violence supported.

To these ends, the trying of these crimes before national tribunals as well as – yet to be created – tribunals of mixed national and international composition must be made a priority. We therefore call on the Congolese government and the international community to do everything in their power to make these mixed chambers (chambres mixtes) a reality. The International Criminal Court in The Hague should also play an important role as ultima ratio. However, it must no longer be as selective as in the past in deciding which crimes to try. Not only violent crime, but also white-collar crime must be investigated and prosecuted.

B. Findings of the Berlin Jury:

We now come to the individual areas of investigation of the Berlin Hearings: 1) the responsibility of international companies and the World Bank

2) the responsibility of the EU and its member states

3) the responsibility of the United Nations and major NGOs

1) The question of the responsibility of international companies is difficult to answer from a legal perspective. Many of the activities of multinational corporations are surely in compliance with Congolese mining laws. However, the legitimacy of this legislation itself must be examined, as well as its consistency with international law and the Congolese constitution. We therefore demand that the activities of international companies be judged according to international law and the Congolese constitution. At the same time, we observe that there are no institutions at present that offer the persons concerned a venue for legal action and the assertion of their rights. These must be created.

As regards international companies' furthering of economic development and the establishment of peace in the Democratic Republic of Congo, we are unable to discern any such decisive contribution. Rather, as in other states with comparable conflict situations, the weakness and corruption of the Congolese central government in Kinshasa has afforded, and continues to afford, opportunities to negotiate contracts and agreements to the detriment of the respective population. The questioning of experts in Berlin has shown that international corporations – for example, the Canadian company BANRO – profit from this situation. Moreover, there is reason to believe that the World Bank and other institutions, despite substantial knowledge about conditions in the Democratic Republic of Congo – the result of three decades of dictatorship, two wars, and a complete breakdown of state institutions – supported the passage of these agreements as well as a mining law that has proven damaging to the Congolese population. We demand that the specific roles of the World Bank and other institutions in this context be legally and politically investigated.

2) As regards the responsibility of the EU and its member states, which we examined in the Berlin Hearings with respect to the influence of European and North American trade regulations concerning the Democratic Republic of Congo, we found in the course of the questioning of experts and the recording of the witness statements in Bukavu, that, for example, the section 1501 of the Dodd-Frank Act had undesired outcomes for the economic life of Eastern Congo.

A number of the Jury members additionally observe that regulatory measures like the Dodd-Frank Act only serve the public image of the electronics industry while negatively impacting the Congolese population itself.

All of the Jury members fundamentally agree that the extraction and trade of mineral resources must be regulated. However, we demand that all regulation, whether this be of North American or European provenance, incorporate the priorities and interests of the Congolese population and in particular the artisanal miners and cooperatives.

We further demand that these regulations, once they have been worked out to the satisfaction of all concerned parties, be binding and that compliance with them be institutionally monitored.

3) As regards the role of the UN and NGOs with respect to human rights violations in Eastern Congo, we find that the United Nations mission stationed there indeed has the means necessary to protect the civilian population – as it does in other, comparable conflict areas. Despite all of its capabilities, its human resources, and its military, organizational, and budgetary capacities, however, this mission has not comprehensively protected the population from attacks and thus has not fulfilled its mandate. Cases of inactivity of the UN forces through neglect, along with their direct involvement in crimes, must be investigated. In light of the severity of the crimes, the immunity of the UN must not be a legal obstacle and must be annulled.

As regards the sustainability and the effectiveness of the efforts of international humanitarian organizations (NGOs) in Eastern Congo, the experts that we questioned all found that these in their current practice do not contribute to the protection of, or to establishing sustained peace in, the region. All of the experts agreed that increased efficacy in the work of international NGOs depends on long-term planning and cooperation with local nongovernmental organizations. Moreover, we call for the implementation of a binding code of conduct for NGOs, adherence to which is a decisive condition for their financing, and which must be observed by all donors and sponsors. As long as these conditions are lacking, as is currently the case in Eastern Congo, the activities of international humanitarian organizations will contribute not to the cessation or resolution of the problems, but to their perpetuation.

C. Concluding Remarks of the Berlin Jury:

We repeat: The prosecution of human rights violations is essential; the impunity with which such crimes are being carried out in the Democratic Republic of Congo at present is intolerable and unacceptable. However, the circle of groups of actors held accountable for such crimes must extend far beyond the immediate perpetrators on the ground. In addition to the multinational mining companies, corrupt government officials, dealers of conflict materials, the army, armed groups, etc., it must include those who consider it a human right to be able to acquire finished products as cheaply as conceivably possible without regard to the conditions under which they are made.

If, for example, smartphones – which rely on raw materials like those from the Congolese mines – had to be purchased at prices reflecting the social and ecological costs of their production, this would be a vital step in breaking the current continuum of exploitation and crime.

Declared in the presence of the President of the Tribunal, Jean-Louis Gilissen, at the Bundeszentrale für politische Bildung (Federal Agency for Civic Education) in Berlin, Germany, on 29 June 2015.

Members of the Berlin Jury:

Colette Braeckman (Belgium)

Saran Kaba Jones (Liberia)

Wolfgang Kaleck (Germany)

Saskia Sassen (USA)

Marc-Antoine Vumilia (Democratic Republic of Congo) Harald Welzer (Germany)



JUDGEMENT BUKAVU
01.06.2015

After a year of investigation and three days of hearings, the jury of the Congo Tribunal responds as follows to the core issues that were presented publicly by the chief investigator during the Opening Session on 29 May 2015.

1. Have interethnic conflicts and attacks by armed groups in the east of the country become uncontrollable to such a degree that the government and the Congolese army (that is recovering from 20 years of conflict in the country) frequently fail in their attempts to restore order?

NO. It is our judgment that the ethnic conflicts would be controllable if there were adequate political will and accountability for power.

2. Are the government of the DRC and the Congolese army actors in the systematic attacks against the local population by intentionally keeping the region in perpetual disorder and insecurity, whether it is through active collaboration with armed groups or simply by being passive?

YES. We feel that some elements of the military and certain political leaders in the DRC are actors in the systematic attacks against the local population, but they are certainly not the only ones. The government of the DRC has a share of responsibility for the disorder and insecurity due to its shortcomings and its passivity.

3. Do the international community and the MONUSCO troops stationed in eastern Congo contribute to the political stabilization and to the security in this region by building a government and a weak army, albeit one that is recovering?

YES. It is our judgment that the „international community“ through the intermediary of MONUSCO contributes to the political stabilization and security in the region, but not in a meaningful way. If the political will were there, it could certainly do more, and do it more effectively and efficiently. Too often it is guilty of not assisting people who are at risk

4. Both from a military and a logistical perspective, are the international community and the MONUSCO troops guilty of complicity by collaborating with and strengthening the army and government who do not work in favour of Congolese citizens and do not respect their human rights?

NO. It is our judgment that the international community is not guilty of direct complicity (aiding and abetting). Indeed, on behalf of the international community, MONUSCO works with the Government merely to implement the mandate given to it by the Security Council. This support does not equate aiding and abetting, but we emphasize the fact that the implementation of the mandate raises very serious reservations.

5. Does the industrial exploitation of minerals offer a basis for peace and democracy in the region, by building adequate infrastructure, creating jobs and encouraging related sectors of the local economy?

NO. At this stage, we consider that none of the industrial exploitation of minerals is accompanied by adequate investment in infrastructure, the creation of employment or support of local communities. If the mining companies did so, they could contribute to peace and democracy in the region.

6. Have the multinational companies exploiting industrially the minerals in the region benefited from the political instability during the 20 years of war to receive mining concessions with advantageous conditions and to control the natural resources of eastern Congo? If so, are they guilty of pillaging the Congolese people?

YES. It is our judgment that they took advantage of the political instability and the weakness of Congolese institutions to obtain mining concessions under conditions that are disadvantageous to the Congolese people. They have thus contributed to the pillaging of the DRC's mineral resources.

Prepared by the jury of the Congo Tribunal in Bukavu on 1 June 2015



JUGEMENT DE BERLIN
29.06.2015

A. Remarque préliminaire du jury de Berlin :

Au cours des deux dernières décennies, la République démocratique du Congo a été le théâtre d'une multitude de crimes contre l'humanité, lesquels n'ont fait l'objet d'aucune procédure devant les tribunaux jusqu'à ce jour. Cette impunité est inacceptable ! Afin de lutter efficacement contre celle-ci, le gouvernement congolais et la communauté internationale doivent impérativement mettre à disposition les ressources nécessaires. Il convient de soutenir à la fois la société civile congolaise, les organisations locales de défense des droits de l'Homme et les personnes ayant survécu aux violences.

Pour ce faire, la priorité doit être donnée à l'enquête des crimes par des tribunaux nationaux et par des tribunaux mixtes (nationaux et internationaux), qui doivent encore être mis en place. C'est pourquoi nous appelons le gouvernement congolais et la communauté internationale à tout mettre en œuvre pour que ces Chambres mixtes voient le jour. En dernier lieu, la Cour pénale internationale de La Haye a toutefois, elle aussi, un rôle important à jouer, elle doit se montrer moins sélective que par le passé dans le choix des crimes qu'elle examine. Les enquêtes et les poursuites judiciaires ne doivent pas se limiter aux crimes de sang, elles doivent également viser les crimes économiques.

B. Décisions du jury de Berlin :

Considérons à présent les domaines d'investigation des auditions menées à Berlin : 1) la responsabilité des entreprises internationales et de la Banque mondiale ;

2) la responsabilité de l'UE et de ses États membres ;

3) la responsabilité des Nations unies et des grandes ONG.

1) La question de la responsabilité des entreprises internationales est complexe d'un point de vue juridique. Bien que nombre d'activités menées par les entreprises multinationales puissent être considérées comme légales au regard du code minier congolais, il convient d'examiner à la fois la légitimité de son établissement et sa conformité avec le droit international et avec la constitution congolaise. En conséquence, nous exigeons que les activités menées par les entreprises internationales soient jugées selon le droit international et en vertu de la constitution congolaise. Nous observons par ailleurs qu'il n'existe actuellement aucune institution auprès de laquelle les victimes peuvent former une action et faire valoir leurs droits. Il est donc nécessaire de mettre en place de telles institutions.

Nous n'avons pu établir que les entreprises internationales contribuent de manière décisive au développement économique ou à la pacification de la République démocratique du Congo. Bien au contraire, la faiblesse et la corruption qui touchent le gouvernement central congolais à Kinshasa (comme c'est le cas dans d'autres États qui font face à des situations de conflit comparables) ont rendu et rendent possible la négociation de contrats et d'accords défavorables aux populations concernées. Les questions posées aux experts réunis à Berlin ont permis de mettre au jour le fait que les entreprises internationales, telles que la société canadienne BANRO, profitent de cette situation.

En outre, il y a tout lieu de croire que la Banque mondiale, et d'autres institutions encore, ont favorisé la conclusion de tels contrats et d'un code minier préjudiciables à la population congolaise, et ce, en dépit des informations dont elles disposaient concernant la situation en République démocratique du Congo, marquée par trois décennies de dictature, deux guerres et un effondrement complet des institutions de l'État. Nous exigeons que le rôle particulier joué à ce niveau par la Banque mondiale et par d'autres institutions soit examiné sur le plan juridique et politique.

2) La responsabilité de l'UE et de ses États membres a fait l'objet d'un examen dans le cadre des auditions de Berlin portant sur l'influence des réglementations commerciales européennes et nord-américaines en vigueur en République démocratique du Congo. Les questions posées aux experts et les témoignages filmés recueillis à Bukavu nous ont permis de constater que la section 1501 du Dodd-Frank Act par exemple a produit des effets indésirables sur la vie économique de l'Est du Congo.

Certains membres du jury ont par ailleurs établi que les mesures réglementaires telles que le Dodd-Frank Act servent uniquement à promouvoir l'image de l'industrie électronique, et qu'elles ont un impact négatif sur la population congolaise.

D'un point de vue général, les membres du jury ont toutefois convenu qu'une réglementation de l'extraction et du commerce des minéraux s'impose. Nous exigeons cependant que toutes les réglementations, nord-américaines comme européennes, intègrent les priorités et les intérêts de la population congolaise, en particulier ceux des creuseurs artisanaux et des coopératives.

De plus, si elles ont été conçues pour le bien de l'ensemble des parties prenantes, nous exigeons que ces réglementations soient contraignantes et que leur respect soit soumis à un contrôle institutionnel.

3) Pour ce qui est du rôle de l'ONU et des grandes ONG en matière de crimes des droits humains commis dans l'Est du Congo, nous constatons que la mission des Nations unies qui y est stationnée serait parfaitement en mesure d'y protéger la population civile, comme dans d'autres zones de conflit comparables. Pourtant, malgré l'ensemble des moyens, des ressources humaines, des capacités en termes d'armement, d'organisation, de budget dont elle dispose, cette mission n'a dans nombreux cas pas protégé la population contre les attaques qui la visent. Elle n'a donc pas accompli convenablement le mandat qui lui est assigné.

Des enquêtes doivent être ouvertes pour faire la lumière sur des cas dans lesquels l'inactivité – la non assistance à la population en danger ou l'implication directe dans des crimes – de la part des troupes onusiennes est mise en cause. Compte tenu de l'ampleur et la gravité des crimes en question, l'immunité dont jouit l'ONU ne saurait constituer un obstacle juridique, et elle doit être levée.

En ce qui concerne la pérennité et l'efficacité de l'engagement des organisations humanitaires internationales (ONG) présentes dans l'Est du Congo, tous les experts que nous avons interrogés jugent à l'unisson que, dans leur pratique actuelle, ces organisations ne contribuent pas à la protection de la région ni à la pacification durable de celle-ci. L'ensemble des experts s'accorde à dire qu'un plan à long terme et une coopération avec les organisations non gouvernementales locales sont nécessaires pour rendre plus efficace le travail des ONG internationales. Par ailleurs, nous exigeons l'établissement d'un code de conduite contraignant pour les ONG, dont le respect soit une condition sine qua non pour l'obtention de financements, et soit l'objet d'un contrôle de la part de l'ensemble des bailleurs de fonds. Tant que perdurera la situation actuelle, et tant que ces mesures ne verront pas le jour dans l'Est du Congo, l'activité des organisations humanitaires internationales ne contribuera ni à la fin ni à la résolution des problèmes, mais ne fera que les enraciner.

B. Conclusion du jury de Berlin :

En résumé, la poursuite juridique des violations des droits de l'Homme est une nécessité absolue ; la situation actuelle d'impunité des crimes perpétrés en République démocratique du Congo est à la fois insupportable et inacceptable. Toutefois, le cercle des groupes d'acteurs responsables de ces crimes dépasse de loin celui des auteurs directement impliqués sur place. Il s'étend en effet, en plus des entreprises minières internationales, aux membres corrompus du gouvernement, aux marchands de minerais de conflit, à l'armée, aux groupes armés, etc., ainsi qu'à tous ceux qui considèrent comme un droit humain le fait de pouvoir se procurer des produits finis au prix le plus bas possible, et ce, quelles que soient les conditions dans lesquels ces produits ont été fabriqués. Ainsi, la lutte contre l'exploitation permanente et les crimes actuels ferait déjà un grand pas en avant si les smartphones, qui ne fonctionneraient pas sans les matières premières provenant des mines congolaises, étaient payés à un juste prix prenant en compte les coûts sociaux et écologiques du produit.

Jugement rendu en présence du président du tribunal, M. Jean-Louis Gilissen, au Centre fédéral d'éducation politique à Berlin (Bundeszentrale für politische Bildung), Allemagne, le 29 juin 2015.

Membres jury de Berlin :

Colette Braeckman (Belgique)

Saran Kaba Jones (Libéria)

Wolfgang Kaleck (Allemagne)

Saskia Sassen (États-Unis)

Marc-Antoine Vumilia (République démocratique du Congo) Harald Welzer (Allemagne)



JUGEMENT DE BUKAVU
01.06.2015

Après une année de recherches et trois jours d'audiences, le jury du Tribunal sur le Congo répond de manière suivante aux questions centrales, présentées publiquement par le chef d'enquête lors de la Session d'Ouverture du 29 mai 2015 :

1. Les conflits interethniques et les attaques des différents groupes armés à l'Est du pays sont-ils devenus incontrôlables à un degré tel que le gouvernement et l'armée congolaise qui sont en train de se remettre des 20 ans de conflits dans le pays échouent régulièrement en essayant de rétablir de l'ordre ?

NON. Nous jugeons que les conflits interethniques seraient contrôlables à condition d'en avoir volonté politique et pouvoir responsable.

2. Le gouvernement de la RDC, ainsi que l'armée congolaise, sont-ils des acteurs dans les attaques systématiques contre la population locale, en maintenant intentionnellement le désordre et l'insécurité dans la région, soit par passivité soit en collaborant avec les groupes armés ?

OUI. Nous jugeons que certains éléments de l'armée et des responsables politiques de la RDC sont des acteurs dans les attaques systématiques contre la population locale, mais certainement pas les seuls. Le gouvernement de la RDC par ses carences ou sa passivité a une part de responsabilité dans le désordre et l'insécurité.

3. La communauté internationale et les troupes de la MONUSCO stationnées à l'Est du Congo contribuent-ils à la stabilisation politique et à la sécurité dans cette région en renforçant un gouvernement et une armée encore faible mais sur le chemin de se remettre ?

OUI. Nous jugeons que la « communauté internationale » par l'intermédiaire de la MONUSCO contribue à la stabilisation politique et à la sécurité dans la région, mais pas de manière significative. Si la volonté politique était présente, elle pourrait certainement faire plus, mieux et plus vite. Trop souvent elle se rend coupable de non-assistance à la population en danger.

4. La communauté internationale et les troupes de la MONUSCO se rendent-ils coupables de complicité en collaborant et en renforçant en termes de force militaire et de logistique une armée et un gouvernement qui ne travaillent pas en faveur des citoyens congolais et ne respectent pas leurs droits humains ?

NON. Nous jugeons que la communauté internationale ne se rend pas coupable de complicité directe. En effet, au nom de la communauté internationale, la MONUSCO qui accompagne le gouvernement se contente d'appliquer le mandat qui lui est donné par le Conseil de Sécurité. Cet appui ne représente pas une complicité, mais nous soulignons le fait que la mise en œuvre du mandat suscite de très sérieuses réserves.

5. L'exploitation industrielle de minerais assoie-t-elle enfin une base pour la paix et la démocratie dans la région, en construisant une infrastructure adéquate, en créant des emplois et en favorisant des branches avoisinantes de l'économie locale ?

NON. Nous jugeons qu'à ce stade aucune exploitation industrielle de minerais ne s'est accompagnée d'un investissement dans une infrastructure adéquate, dans la création d'emploi ou dans l'appui aux communautés locales. Si les sociétés minières le faisaient, elles pourraient contribuer à la paix et à la démocratie dans la région.

6. Les entreprises multinationales exploitant industriellement des minerais dans la région, ont-elles profité de l'instabilité politique pendant les 20 ans de guerre pour recevoir des concessions minières à des conditions profitables et s'accaparer des ressources naturelles du Congo de l'Est ? Sont-elles dans ce cas coupables de pillage du peuple congolais ?

OUI. Nous jugeons qu'elles ont profité de l'instabilité politique et de la faiblesse des institutions congolaises pour obtenir des concessions minières dans des conditions désavantageuses pour les populations congolaises. Elles ont ainsi contribué au pillage des ressources minières de la RDC.

Le jury du Tribunal sur le Congo, Bukavu, 1 Juin 2015.